

25.02.2008 / Ausland / Seite 6

Widerstand formiert sich

Kurden und türkische Linke protestieren gegen türkischen Überfall auf den Nordirak

Nico Sandfuchs, Ankara

Nach dem Einmarsch in den Nordirak formiert sich in der Türkei zunehmend Widerstand gegen die Aggressionspolitik Ankaras. Mehrere tausend Menschen versammelten sich am Samstag in Istanbul und forderten »die sofortige Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, für den nicht nur das kurdische Volk, sondern auch das türkische Volk einen hohen Preis zahlt«.

In seiner Ansprache warnte Dursun Yıldız von der kurdischen »Partei der demokratischen Gesellschaft« (DTP) davor, dem Versprechen von Generalstabschef Yasar Büyükanıt Glauben zu schenken, daß der Militärschlag zeitlich begrenzt bleiben würde und ein Rückzug der türkischen Truppen schon bald erfolge: »Das gleiche Versprechen wurde auch gemacht, als man 1974 in Zypern einmarschierte. Bald 40 Jahre später hält die Armee einen Teil des Landes aber noch immer besetzt.«

Vertreter der DTP wiesen außerdem darauf hin, daß es sich bei der Invasion des Nordirak keinesfalls nur um eine »chirurgische Präzisionsoperation gegen angebliche kurdische Terroristen und Separatisten« handele, sondern vielmehr um einen breitangelegten »Vernichtungsfeldzug« gegen alle Kurden, der auch den Zweck verfolge, die aus türkischer Sicht unerwünschte kurdische Autonomieregion im Nordirak zu zerschlagen. Für die kommenden Wochen hat die DTP deshalb eine »nicht abreißende Kette von Demonstrationen und eine vollständige Mobilisierung des kurdischen Volkes« angekündigt, um sich der Eskalationspolitik der türkischen Regierung in den Weg zu stellen. Den Auftakt dazu soll eine für den heutigen Montag geplante Massendemonstration in der kurdischen Millionenmetropole Diyarbakır bilden.

Doch Protest gegen den Überfall auf den Nordirak regt sich auch bei der türkischen Linken. Die »Friedensversammlung Türkei« (Türkiye Barış Meclisi), eine gemeinsame Plattform linker Parteien und Intellektueller, protestierte scharf gegen den Versuch, Bemühungen um eine friedliche Lösung der Kurdenfrage durch eine Gewalteskalation bewußt abzuwürgen. Die Aussichten für einen dauerhaften Frieden seien gegenwärtig eigentlich so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr, heißt es in der Erklärung. Die geplante Verfassungsreform biete die Möglichkeit, die Belange der Minderheiten zukünftig voll in Rechnung zu stellen und so eine der wesentlichen Ursachen des Kurdenproblems aus der Welt zu schaffen. Der Militärschlag hingegen werde allenfalls dazu beitragen, die Spannungen zwischen den einzelnen Ethnien des Landes weiter zu verstärken: »Wir rufen deshalb alle Organisationen, die für ein friedliches Zusammenleben eintreten, dazu auf, sich der Militäroperation gemeinsam entgegenzustellen«.

Beobachter erwarten, daß die Bemühungen der türkischen Linken zur Bildung einer gemeinsamen Friedensfront gegen die Kriegspolitik der Regierung Erdoğan durch den Einmarsch in den Nordirak Auftrieb erhalten werden. Neben EMEP und ÖDP riefen am Wochenende auch die Parteien DSIP und SDP »alle türkischen Friedenskräfte« zu gemeinsamen Protesten auf.